



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Amelie Bechtold, Laura Schulz-Koffka,
Rosa Raab

Die Rolle des Kapitalverhältnis bei der Blockierung einer sozial-ökologischen Transformation

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMa-Papers
ISSN 1868-5005/64
Discussion Papers
Hamburg 2025

Die Rolle des Kapitalverhältnis bei der Blockierung einer sozial-ökologischen Transformation

Amelie Bechtold, Laura Schulz-Koffka, Rosa
Raab

ExMa-Papers

ISSN 1868-5005/64

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien

Universität Hamburg

Dezember 2025

Impressum:

Die hier aufgeführten ExMA-Papers (Exemplarische Master-Arbeiten) setzen sich (vornehmlich) aus ausgewählten Lernwerkstatt-, Master-, Bachelor- oder Seminararbeiten von Studierenden des Masterstudiengangs ‚Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft – Ökonomische und Soziologische Studien‘ und des Bachelorstudiengangs Sozialökonomie zusammen, die aufgrund ihrer exemplarischen Interdisziplinarität oder Qualität als Vorbild für andere Arbeiten gelten können und deshalb publikationswürdig sind.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)

rouven.reinke@uni-hamburg.de

Universität Hamburg

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Fachbereich Sozialökonomie

Welckerstr. 8

20354 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	II
1 Einleitung.....	1
2 Theoretische Grundlagen: Kapitalverhältnis und Transformation	2
2.1 Einführung in den Begriff der sozial-ökologischen Transformation.....	2
2.2 Das Kapitalverhältnis bei Marx: Grundzüge	4
2.2.1 Mehrwerttheorie und Akkumulationszwang	4
2.2.2 Historischer Materialismus.....	6
2.3 Kapitalverhältnis als Herrschaftsverhältnis	7
2.4 Marxistische Staatsverständnisse in Abgrenzung zu bürgerlichen Staatsverständnissen	8
2.5 Unterschiede marxistischer Staatsverständnisse	9
2.5.1 Instrumenteller Staatsbegriff (Lenin)	9
2.5.2 Formanalyse des Staates (Paschukanis)	9
2.5.3 Hegemonietheorie (Gramsci)	10
3 Planung im Kapitalismus: Blockaden durch das Kapitalverhältnis.....	10
3.1 Kapitalistische Planung und ihre Widersprüche.....	11
3.2 Kapitalflucht, Akkumulationslogik und strukturelle Zwänge	12
3.3 Zwei Stufen der politischen Planung.....	13
3.4 Demokratische Planung mit KI und Digitalisierung	14
4 Zwischen Revolution und Reform: Transformation als dialektischer Prozess.....	16
4.1 Transformation zwischen Reformschritten und Systembruch.....	16
4.2 Beispiele für widersprüchliche Dynamiken: Industriepolitik und Green New Deal	17
5 Diskussion: Kapitalverhältnis als Hindernis oder Hebel?	19
6 Fazit	21
Literaturverzeichnis	23

Abkürzungsverzeichnis

EU – Europäische Union

IRA – Inflation Reduction Act

KI – Künstliche Intelligenz

PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

US – Vereinigte Staaten

USA – Vereinigte Staaten von Amerika

VSA – Verlag für Sozialwissenschaften

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

1 Einleitung

Die Gegenwart ist durch eine Vielzahl miteinander verflochtener Krisen geprägt: Klimawandel, Artensterben, geopolitische Konflikte, das Erstarken autoritärer Bewegungen sowie eine wachsende soziale Ungleichheit. Diese Krisendynamiken machen deutlich, dass die bestehende gesellschaftliche und ökonomische Ordnung an ihre ökologischen und sozialen Grenzen stößt. In diesem Kontext gewinnt der Begriff der sozial-ökologischen Transformation an Bedeutung. Gemeint ist damit ein tiefgreifender Wandel gesellschaftlicher Strukturen, der ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Eine zentrale Frage ist dabei, ob eine solche Transformation innerhalb kapitalistischer Strukturen gelingen kann oder, ob das Kapitalverhältnis selbst eine unüberwindbare Blockade darstellt. Das Kapitalverhältnis beschreibt nicht nur ökonomische Prozesse wie Lohnarbeit, Produktion und Profit, sondern auch eine spezifische Form von Herrschaft, die gesellschaftliche Organisation und Planung durchdringt. Aus marxistisch-ökonomischer Perspektive eröffnet dies die Möglichkeit, die systemischen Widersprüche des Kapitalismus als Ursache ökologischer Zerstörung und sozialer Ungleichheit zu analysieren. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob in diesen Widersprüchen auch Potenziale für Transformation liegen. Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit lautet daher: Welche Rolle spielt das Kapitalverhältnis in der Blockierung oder Ermöglichung einer sozial-ökologischen Transformation?

Ziel der Arbeit ist es, auf Basis marxistischer Theorieansätze sowie aktueller Debatten in der pluralen Ökonomik herauszuarbeiten, wie das Kapitalverhältnis als strukturierende Bedingung wirkt. Dabei wird untersucht, inwiefern es demokratische und nachhaltige Planung blockiert, aber auch als Hebel für transformative Dynamiken dienen kann. Die Arbeit gliedert sich wie folgt: Kapitel 2 stellt die theoretischen Grundlagen dar, indem zentrale Ansätze der sozial-ökologischen Transformation (Karl Polanyi, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Ulrich Brand) sowie die Grundzüge der Marx'schen Theorie erläutert werden. Anschließend wird das Kapitalverhältnis als Herrschaftsverhältnis analysiert und in Beziehung zur marxistischen Staatstheorie gesetzt. Kapitel 3 beleuchtet die systemischen Blockaden, die aus der kapitalistischen Planung, der Akkumulationslogik und der Gefahr von Kapitalflucht entstehen, und diskutiert zwei Stufen politischer Planung sowie Perspektiven demokratischer Steuerung im digitalen Zeitalter. Kapitel 4 betrachtet Transformation als dialektischen Prozess zwischen Reform und Revolution und illustriert dies anhand von

Industriepolitik und dem Green New Deal. In Kapitel 5 werden die Ergebnisse in einer Diskussion zusammengeführt, bevor Kapitel 6 die Arbeit mit einem Fazit und Ausblick beschließt.

2 Theoretische Grundlagen: Kapitalverhältnis und Transformation

Dieses Kapitel bietet die theoretische Grundlage für die Analyse der sozial-ökologischen Transformation. Anstelle einer isolierten Betrachtung ökonomischer Prozesse nutzt es die marxistische Analyse, um Strukturen und Potenziale von Klassen- und Herrschaftsverhältnissen zu beleuchten. Zunächst werden zentrale Konzepte der sozial-ökologischen Transformation anhand der Ansätze von Karl Polanyi, dem Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und Ulrich Brand vorgestellt. Anschließend werden die Grundzüge der Marx'schen Theorie, darunter der Kapitalbegriff, die Mehrwerttheorie und der historische Materialismus, erläutert.

2.1 Einführung in den Begriff der sozial-ökologischen Transformation

Karl Polanyi

Ein zentraler Bezugspunkt für die Debatte um die sozial-ökologische Transformation ist der ungarische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi, dessen Werk „The Great Transformation“ (1944) den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert als epochalen Wandel beschreibt. Polanyi argumentiert, dass die Entbettung der Ökonomie aus den sozialen Beziehungen, also die Schaffung eines selbstregulierenden Marktes für die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld, zwar zu enormer Produktivitätssteigerung führte, aber auch zu ökologischen Zerstörungen und sozialen Verwerfungen (vgl. Polanyi 1973: 107f., 113). Diese Krise des Marktsystems mündete, so Polanyi, in einer „Doppelbewegung“ (ebd.: 112): Während sich die Marktorganisation weiter ausdehnte, schützte sich die Gesellschaft durch Gegenbewegungen wie Fabrikgesetze, Gewerkschaften und den Wohlfahrtsstaat (vgl. ebd.: 112f.). Für die heutige Debatte bedeutet dies, dass eine sozial-ökologische Transformation eine Wiedereinbettung der Ökonomie in die Gesellschaft und das Erdsystem erfordert, um die negativen Folgen der ungezügelter Marktlogik zu überwinden.

Während Karl Polanyis Analyse den ungesteuerten Wandel der Vergangenheit betrachtet, stellen das Gutachten „Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (2011) des WBGU sowie die Arbeit „Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt“ (2014) von Ulrich Brand Versuche dar, den Transformationsbegriff im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation auf die Gegenwart zu beziehen.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Der WBGU versteht Transformation als einen bewussten und politisch gestaltbaren Übergang gesellschaftlicher Strukturen (vgl. WBGU 2011: 87). Im Gutachten von 2011 wird die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft in den Mittelpunkt gestellt (vgl. ebd.: 29). Im Gegensatz zu ungesteuerten Umwälzungen der Vergangenheit soll dieser Transformationsprozess innerhalb eines engen Zeitfensters politisch aktiv gelenkt werden, um irreversible Schäden am Erdsystem zu verhindern (vgl. ebd.: 33f.). Der WBGU identifiziert dafür zentrale Elemente wie die Abkehr von fossilen Energien und die Neuorganisation von Infrastrukturen. Die Hauptrolle bei der Umsetzung dieses Wandels soll der „gestaltende Staat“ übernehmen (WBGU 2011: 10), der durch einen neuen Gesellschaftsvertrag und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten die Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellt (vgl. ebd.: 215). Das Gutachten betont zudem, dass der Wandel gelingen kann, wenn er wissenschaftsbasiert ist und auf internationaler Kooperation beruht (vgl. ebd.: 287).

Ulrich Brand

Während der WBGU einen normativen Transformationsbegriff zur politischen Steuerung gegenwärtiger Krisen formuliert, greift Ulrich Brand Polanyis Analyse gesellschaftlicher Transformation explizit auf und unterzieht sie einer weitergehenden macht-kritischen Zuspitzung. Für Brand ist die Hoffnung auf einen lediglich gestaltenden Staat naiv, da dieser selbst in das Kapitalverhältnis eingebettet ist (vgl. Brand 2014: 9). Die eigentliche Ursache der Krisen ist die systemimmanente Profit- und Wachstumslogik des Kapitalismus (vgl. ebd.: 9f.), die einer tiefgreifenden Transformation strukturelle Grenzen setzt. Brand plädiert daher für eine radikale Systemkritik, die über technische oder ordnungspolitische Lösungen hinausgeht. Eine sozial-ökologische Transformation erfordert nach Brand eine fundamentale Machtverschiebung und die Überwindung der „imperialen Produktions- und Lebensweise“ (ebd.: 11). Verteilungsfragen bilden dabei die zentrale Achse der Transformation und sind nicht lediglich ein Neben aspekt (vgl. ebd.: 13).

Gemeinsamkeiten und Divergenzen

Die Debatte zwischen Brand und dem WBGU verdeutlicht, dass beide Ansätze in der Problemidentifikation übereinstimmen: Eine Transformation erscheint zwingend notwendig, da das gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ökologisch wie sozial nicht tragfähig ist. Beide betonen die Abkehr vom fossilistischen Entwicklungsmodell sowie die grundlegende Neuordnung von Produktion und Konsum als zentrale Aufgaben. Die Schlussfolgerungen unterscheiden sich jedoch fundamental. Während der WBGU den Fokus auf die Reform des bestehenden Systems durch staatliche Steuerung, institutionelle Anpassungen und internationale Kooperation legt, begreift Brand die systemimmanenten Widersprüche des Kapitalismus als zentrale strukturelle Blockade und fordert eine grundlegende Machtverschiebung, die das Kapitalverhältnis selbst infrage stellt. Diese Gegenüberstellung zeigt exemplarisch,

wie unterschiedlich zentrale Elemente einer sozial-ökologischen Transformation bewertet werden und welche Rolle dem Kapitalverhältnis in den jeweiligen Ansätzen zukommt.

2.2 Das Kapitalverhältnis bei Marx: Grundzüge

Karl Marx (1818-1883) war ein deutscher Philosoph, Ökonom und Gesellschaftstheoretiker, der gemeinsam mit dem Unternehmer und Sozialwissenschaftler Friedrich Engels (1820-1895), die Grundlagen der sozialistischen und kommunistischen Theorie entwickelte. In seinem dreiteiligen Hauptwerk „Das Kapital“ beschreibt er die Struktur und Funktionsweise des kapitalistischen Systems und entwickelte die marxistische Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie. Ausgehend von dieser ist die marxistische Ökonomik entstanden, eine Wirtschaftstheorie, welche sich dem heterodoxen Paradigmenspektrum zuordnen lässt. Sie analysiert und kritisiert die kapitalistische Produktionsweise und die daraus entstehende Ausbeutung der arbeitenden Klasse, sowie den Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital (vgl. Nussbaumer & Zwicklhuber 2022).

Marx' Klassentheorie

Marx' Gesellschaftsanalyse basiert auf dem Verständnis einer ökonomischen Zweiteilung der Gesellschaft in zwei Klassen. Die Bourgeoisie, welche sich im Besitz der Produktionsmittel befinden, und das Proletariat, welches keine Produktionsmittel besitzt. Die Klassenzugehörigkeit ergibt sich also nicht aus sozialem Status oder Einkommenshöhe, sondern aus Eigentumsverhältnissen und der daraus resultierenden Position im Produktionsprozess (vgl. Nussbaumer & Zwicklhuber 2022). Der Besitz oder Nicht-Besitz von Produktionsmitteln ist zentral für die Klassenzugehörigkeit und hat einen direkten Einfluss auf die Freiheit von Individuen im Kapitalismus. So definiert Marx den „doppelt freien“ (Zeiler 2025) Lohnarbeiter als einerseits rechtlich frei, da er nicht unter Sklaverei leidet oder unter feudalem Zwang steht, aber andererseits ist er auch frei von Produktionsmitteln, da er nicht über diese verfügt (Zeiler 2025). Er ist nur im Besitz seiner Arbeitskraft. Um sein Überleben und die Reproduktion seiner Arbeitskraft zu sichern, ist der doppelt freie Lohnarbeiter im Kapitalismus dazu gezwungen seine Arbeitskraft auf dem Markt gegen Lohn zu verkaufen. Da der Arbeiter jedoch nicht gemäß seinem produzierten Wert entlohnt wird, sondern darunter, entsteht im Produktionsprozess ein Mehrwert.

2.2.1 Mehrwerttheorie und Akkumulationszwang

Kernpunkt der Marx'schen Gesellschaftsanalyse bildet die Werttheorie, welche die Erzeugung des Mehrwerts durch die Verwendung menschlicher Arbeitskraft beschreibt. Der Mehrwert entspricht dem Tauschwert der Ware abzüglich des Werts der Arbeitskraft (vgl. Nussbaumer &

Zwicklhuber 2022). Dieser Mehrwert wird von dem Kapitalisten oder der Kapitalistin angeeignet und als Kapital reinvestiert, wodurch sich das Kapital vermehrt. Marx unterscheidet dabei zwischen absolutem Mehrwert, welcher durch die Verlängerung der Arbeitszeit entsteht, und relativem Mehrwert, welcher durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleichbleibender Arbeitszeit erzeugt wird. In beiden Fällen beruht die Mehrwertproduktion darauf, dass die Arbeitskraft mehr Wert schafft, als sie in Form des Lohns zurückerhält. Der Mehrwert bildet somit die Quelle von Profit und Kapitalakkumulation im Kapitalismus. Marx bestimmt Arbeit als Substanz des Werts und zeigt, dass Mehrwert aus der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit entsteht (vgl. Marx 1867/2005: 53ff.; 209ff.).

Entscheidend ist hierbei, dass nach Marx ausschließlich menschliche Arbeitskraft neuen Wert erzeugen kann. Produktionsmittel, Maschinen oder Technologien übertragen lediglich bereits vorhandenen Wert auf das Produkt, schaffen jedoch keinen neuen Wert. Profite, die aus technologischen Vorteilen, Monopolstellungen oder Preisaufschlägen resultieren, stellen daher keinen systemischen Mehrwert dar, sondern sind als Extraprofit zu begreifen, der auf einer Umverteilung bereits produzierten Werts beruht (vgl. ebd.: 196ff.).

Der Akkumulationszwang im Kapitalismus ergibt sich daraus, dass Kapital ohne kontinuierliche Produktion und Aneignung von Mehrwert nicht bestehen kann (vgl. Nussbaumer & Zwicklhuber 2022). Kapitalistinnen und Kapitalisten sind gezwungen, den realisierten Mehrwert fortlaufend in die Erweiterung der Produktion zu reinvestieren, um im Wettbewerb mit anderen Kapitaleignern bestehen zu können. Unterbleibt diese Akkumulation, droht die Verdrängung durch konkurrierende Unternehmen, die produktiver, kostengünstiger oder technologisch fortgeschrittener produzieren (vgl. Herrmann 2017). Auf individueller Ebene erscheint dieser Zwang als Profitstreben, auf gesellschaftlicher Ebene manifestiert er sich als permanenter Wachstums- und Expansionsdruck.

Gleichzeitig weist Marx auf einen zentralen inneren Widerspruch dieses Akkumulationsprozesses hin. Die Konkurrenz zwingt Unternehmen dazu, ihre Produktion durch Rationalisierung und Technisierung ständig effizienter zu gestalten, wodurch der Anteil lebendiger Arbeit im Produktionsprozess tendenziell sinkt. Da jedoch nur menschliche Arbeitskraft Mehrwert erzeugt, untergräbt dieser Prozess langfristig die Grundlage der Profitproduktion selbst. Marx fasst diesen Zusammenhang im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate zusammen: Steigende Produktivität und zunehmender Einsatz von Maschinen können zwar kurzfristig zu höheren Profiten führen, indem sie Extraprofit ermöglichen, führen jedoch gesamtgesellschaftlich zu einem relativen Rückgang der Mehrwertproduktion pro investiertes Kapital (vgl. Marx

1864/1964: 221f.). Der Zwang zur Kapitalakkumulation bleibt dadurch bestehen, verschärft sich jedoch unter widersprüchlichen Bedingungen. Kapital ist folglich nicht bloß Geld, ein neutrales Tauschmittel oder ein Produktionsmittel, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das auf der systematischen Aneignung fremder Arbeitskraft beruht. Die Umwandlung von Mehrwert in Kapital und dessen erneute Akkumulation ist im Kapitalismus keine optionale Strategie, sondern eine strukturelle Notwendigkeit (vgl. Nussbaumer & Zwicklhuber 2022). Unternehmen sind im Konkurrenzverhältnis gezwungen, den realisierten Mehrwert kontinuierlich in Produktivkräfte und Arbeitskraft zu reinvestieren, um ihre Marktposition zu sichern. Dieser strukturelle Akkumulationszwang prägt nicht nur den Produktionsprozess, sondern durchdringt sämtliche Bereiche gesellschaftlicher Organisation und Lebensweise, was in Kapitel 2.3 näher ausgeführt wird.

2.2.2 Historischer Materialismus

Der historische Materialismus ist die methodologische Grundlage der marxistischen Theorie. Er besagt, dass gesellschaftliche Entwicklungen durch materielle Produktionsverhältnisse und deren Widersprüche vorangetrieben werden. Sozialer Wandel entsteht durch dialektische Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, die in Klassenkämpfen münden und langfristig zu neuen Gesellschaftsformationen führen. Die proletarische Revolution gilt in diesem Verständnis als Geburtsstunde des Sozialismus, da sie das zentrale Merkmal des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, aufhebt (vgl. Nussbaumer & Zwicklhuber 2022). Als treibenden Motor der Geschichte und Transformation von Gesellschaften sieht Marx den Klassenkampf. Dieser Ansatz legt nahe, dass gesellschaftlicher Wandel nicht rein durch politische Willensakte oder technologische Innovationen geschieht, sondern durch die strukturellen Widersprüche innerhalb der materiellen Basis. Eine sozial-ökologische Transformation müsste also nicht nur politische Maßnahmen umfassen, sondern auch die Produktionsverhältnisse selbst verändern, um wirksam zu sein.

Die Analyse des Kapitalverhältnisses nach Marx zeigt, dass Kapital mehr ist als ein ökonomischer Begriff, es ist ein strukturelles Verhältnis von Herrschaft, Ausbeutung und historischer Entwicklung. Die systemische Logik des Kapitalismus erzeugt Zwänge, die eine demokratische, nachhaltige Transformation blockieren, gerade weil sie auf Profitmaximierung und die private Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen ausgerichtet ist. Gleichzeitig eröffnet die marxistische Theorie durch den historischen Materialismus die Möglichkeit, Transformation als Prozess gesellschaftlicher Widersprüche und Klassenkämpfe zu verstehen und nicht nur als technokratische Steuerung.

2.3 Kapitalverhältnis als Herrschaftsverhältnis

Das Kapitalverhältnis stellt in der marxistischen Perspektive nicht nur ein ökonomisches Tauschverhältnis zwischen Arbeitskraft und Lohn dar, sondern eine fundamentale gesellschaftliche Form von Herrschaft. Diese manifestiert sich in der strukturellen Abhängigkeit der Lohnarbeit von der kapitalistischen Akkumulation. Ein Großteil der Gesellschaft besitzt im Kapitalismus keine Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und ist der willkürlichen Macht der Kapitalisten am Arbeitsplatz unterworfen, was die Menschen unfrei macht. An die Stelle personaler Abhängigkeiten des Feudalismus treten im Kapitalismus unpersönliche, strukturelle Zwangsverhältnisse. Sie äußern sich sowohl in der „subjektlosen Gewalt des Rechts“ (Zeiler 2025) als auch im „permanenten Zwang zur Kapitalakkumulation“ (ebd.), die zentralen Merkmale kapitalistischer Herrschaft bilden. Aus dieser Analyse des Kapitalverhältnisses als Herrschaftsform ergibt sich die zentrale Frage nach der Rolle des Staates im Kapitalismus (vgl. Zeiler 2025). Die marxistische Staatstheorie begreift den Staat nicht als neutrale Instanz, sondern als untrennbar mit der Reproduktion und Sicherung dieser spezifischen Herrschaftsverhältnisse verbunden. Eine klassische Formulierung dieser Nicht-Neutralität ist die des Staates als „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Engels, zit. nach Zeiler 2025), dessen Funktion darin besteht, die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen der Kapitalverwertung und Akkumulation zu sichern (vgl. Decker 2024: 292).

In der aktuellen Transformationsdebatte ist diese systemische Perspektive oft unterbelichtet. Decker kritisiert, dass viele Ansätze einer sozial-ökologischen Transformation auf technokratische Instrumente und sektorale Maßnahmen fokussieren, ohne die systemischen Machtverhältnisse des Kapitalismus ausreichend zu berücksichtigen (ebd.: 290). Eine postkapitalistische Transformation erfordert jedoch eine explizite Auseinandersetzung mit den Institutionen und Wirkmechanismen der kapitalistischen Produktionsweise und deren Überwindung (ebd.: 290f.). Marx' Kritik des Kapitalverhältnisses zielt nicht auf eine bloße Korrektur einzelner Auswüchse kapitalistischer Vergesellschaftung, sondern auf die grundlegenden Bedingungen gesellschaftlicher Unfreiheit im Kapitalismus. Freiheit ist in dieser Perspektive nicht als bürgerlich-liberale Individualfreiheit zu verstehen, sondern als Befreiung von strukturellen Herrschaftsverhältnissen, die aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst hervorgehen. Eine wirkliche Emanzipation von der Herrschaft des Kapitals ist daher nicht allein durch politische Reformen innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens erreichbar, sondern erfordert eine tiefgreifende Transformation der gesellschaftlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse (vgl. Marx 1867/2005; Zeiler 2025). Eine emanzipatorische Transformation müsste

folglich an der Wurzel des Problems ansetzen, nämlich am Kapitalverhältnis selbst sowie an dessen politischer und rechtlicher Institutionalisierung (vgl. Decker 2024: 290f.)

2.4 Marxistische Staatsverständnisse in Abgrenzung zu bürgerlichen Staatsverständnissen

Dieses grundlegende Verständnis des Kapitalverhältnisses als Herrschaftsform bildet die unerlässliche Basis für die kritische Auseinandersetzung mit dem Staat in den verschiedenen marxistischen Theorien. Es legt nahe, dass der Staat in kapitalistischen Gesellschaften nicht als neutrale Instanz existieren kann, sondern untrennbar mit der Reproduktion und Absicherung dieser ökonomischen Herrschaft verknüpft ist (vgl. Demirović 2007: 22). Bürgerliche Staatsverständnisse, die sich in der Tradition von Denkern wie Thomas Hobbes und John Locke etablierten, konzipieren den Staat als eine über der Gesellschaft stehende, neutrale Instanz. Seine Hauptfunktion wird darin gesehen, als eine von Menschen geschaffene Institution die Einhaltung allgemeingültiger Regeln zu gewährleisten und gesellschaftliche Konflikte zu befrieden, indem er als einziger die Berechtigung zur Anwendung physischer Gewalt zur Durchsetzung der Gesetze besitzt (vgl. Demirović 2007: 22). Diese liberale Perspektive des Staates als neutraler Schiedsrichter (vgl. ebd.: 21) oder bloßer Garant eines universalen Rechtsrahmens verkennt jedoch aus marxistischer Sicht die tiefgreifende Parteilichkeit und strukturelle Bedingtheit staatlichen Handelns im Kapitalismus (vgl. Zeiler 2025). Die liberale Inszenierung von Freiheit im bürgerlichen Staat kann aus marxistischer Perspektive als Verschleierung sozialer Herrschaft verstanden werden. In einer ideengeschichtlichen Interpretation betont Bruno Leipold, dass Marx' Freiheitsbegriff nicht auf liberale Individualfreiheit, sondern auf die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen zielt (vgl. Tibes 2025). Die formale Rechtsgleichheit in bürgerlichen Staaten, die eine scheinbare Unabhängigkeit der Individuen suggeriert, kaschiert die materielle Ungleichheit und die „subjektlose Gewalt des Rechts“ (Zeiler 2025), die dem Einzelnen als „doppelt freier Arbeiter“ (Marx, zit. nach Zeiler 2025) begegnet, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Demgegenüber lehnen marxistische Staatsverständnisse diese Vorstellung der Neutralität entschieden ab. Sie betrachten den Staat als eine inhärent parteiliche Macht, die untrennbar mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen verbunden ist und deren Reproduktion als Klassenstaat dient (vgl. Demirović 2007: 21). Karl Marx und Friedrich Engels prägten bereits die Charakterisierung des Staates als Ausschuss zur Verwaltung der gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisie (Marx & Engels 1848/2005: 464), womit seine Funktion zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klassen hervorgehoben wird. Diese anfänglich oft instrumentell verstandene Sichtweise (Zeiler 2025), die den Staat als direktes Werkzeug der herrschenden Klasse begreift, bildet einen wichtigen Ausgangspunkt der

marxistischen Staatstheorie. Allerdings hat sich die marxistische Staatsanalyse über diesen engen instrumentellen Staatsbegriff hinaus entwickelt. Spätere Ansätze des Westlichen Marxismus haben diese Analyse differenziert und erweitert, indem sie nicht nur den Aspekt des Zwangs und der Repression betonten, sondern auch die ideologische Legitimierung von Herrschaft in den Blick nahmen. Im Folgenden werden zentrale marxistische Staatsverständnisse vorgestellt, um die Komplexität und die verschiedenen Facetten der Beziehung zwischen Kapitalverhältnis und Staat zu beleuchten.

2.5 Unterschiede marxistischer Staatsverständnisse

Auch innerhalb des Marxismus existieren diverse theoretische Ansätze, die für das Verständnis der aktuellen Staatsrolle zentral sind. Moritz Zeiler unterscheidet in seinem Beitrag (Zeiler 2025) für die Plattform „Exploring Economics“ drei prominente Interpretationen: den instrumentellen Staatsbegriff (Lenin), die Formanalyse des Staates (Paschukanis) und die Hegemonietheorie (Gramsci).

2.5.1 Instrumenteller Staatsbegriff (Lenin)

In der Tradition W.I. Lenins wird der Staat primär als repressiver Mechanismus der herrschenden Klasse verstanden, dessen Hauptfunktion in der Niederschlagung von Protesten und der Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung besteht (Zeiler 2025). Nach Lenins schematischer Vorstellung (ebd.) ist die geschichtliche Entwicklung eine Abfolge vom bürgerlichen Klassenstaat über eine Diktatur des Proletariats als Übergangsphase hin zu einer klassen- und staatenlosen kommunistischen Gesellschaft. Die revolutionäre Strategie zielt demnach auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, um die Produktionsmittel in Staatseigentum umzuwandeln (ebd.).

2.5.2 Formanalyse des Staates (Paschukanis)

Einen weiteren wichtigen Beitrag liefert Eugen Paschukanis, der sich primär mit dem Zusammenhang von Warenform, Rechtsform und Staatsform beschäftigt. Paschukanis kritisiert den instrumentellen Staatsbegriff Lenins und fragt nach der spezifischen Form von Klassenherrschaft in kapitalistischen Gesellschaften (vgl. Zeiler 2025). Er argumentiert, dass mit der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse personale Abhängigkeiten des Feudalismus in unpersönliche, strukturelle Zwangsverhältnisse transformiert werden (vgl. ebd.). Der gesellschaftliche Austausch von Waren erfordert die wechselseitige Anerkennung als freie und gleiche Warenproduzenten und Privateigentümern, was die Rechtsform und den Staat als Garanten des Rechts hervorbringt. Der Staat wird dabei nicht als privater Apparat, sondern als unpersönliche Instanz

der öffentlichen Macht gebildet, dem auch die Kapitalisten unterworfen sind. Die juristische Form des Eigentums und die formale Rechtsgleichheit sind nach Paschukanis keineswegs bloßer Schein; sie maskieren jedoch zugleich die materielle Enteignung und Ungleichheit. Die Aufgabe einer materialistischen Kritik des Rechts besteht demnach in der „Dechiffrierung und Kontextualisierung der rechtlichen Form“ (Elbe 2004, zit. nach Zeiler 2025). Der Warenfetischismus wird im Kapitalismus durch den Rechtsfetischismus ergänzt, wodurch das Recht als natürlich und alternativlos wahrgenommen wird (vgl. Zeiler 2025).

2.5.3 Hegemonietheorie (Gramsci)

Antonio Gramsci erweiterte den engen, primär repressiv verstandenen Staatsbegriff Lenins um die Zivilgesellschaft. Für ihn ist der Staat mehr als eine bloße Gewaltmaschine; er ist „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991, zit. nach Demirović 2007: 24). Dies bedeutet, dass die Herrschaft der Bourgeoisie nicht ausschließlich auf Zwang beruht, sondern ebenso auf der Fähigkeit, einen „aktiven Konsens“ (Demirović 2007: 32) der Regierten herzustellen. Dieser Konsens wird durch vielfältige Institutionen der Zivilgesellschaft (wie Bildungssystem, Medien, Kultur, Alltagsgewohnheiten) organisiert und verallgemeinert die Interessen der herrschenden Klassen. Gramsci lehnt ökonomistische Reduktionen ab und betont, dass die Überbauten (Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft) ein komplexes „Grabensystem“ (Gramsci 1991, zit. nach ebd.: 25) bilden, in dem umfassende Weltsichten und Handlungsperspektiven ausgearbeitet und in kulturellen Kämpfen durchgesetzt werden. Der Staat stellt dabei ein sich ständig verschiebendes „Kompromissgleichgewicht“ dar (Demirović 2007: 32), in dem materielle Zugeständnisse an subalterne Gruppen gemacht werden, ohne die Produktionsweise infrage zu stellen. Sogenannte „organische Intellektuelle“ spielen hierbei eine zentrale Rolle, indem sie die ideologische Führung organisieren und die hegemoniale Lebensweise verallgemeinern (vgl. Zeiler 2025; vgl. Demirović 2007: 34).

3 Planung im Kapitalismus: Blockaden durch das Kapitalverhältnis

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die theoretischen Grundlagen der sozial-ökologischen Transformation und die marxistische Perspektive auf das Kapitalverhältnis als Herrschaftsform dargestellt wurden, richtet sich der Blick nun auf die Frage, wie Planung im Kapitalismus funktioniert und zugleich blockiert wird. Kapitel 3 zeigt, dass Planung zwar ein zentrales Element kapitalistischer Ökonomien ist, ihre Reichweite jedoch durch die Logik der Kapitalakkumulation, strukturelle Zwänge und die Gefahr von Kapitalflucht begrenzt bleibt. Darauf aufbauend

werden unterschiedliche Stufen politischer Planung sowie mögliche Perspektiven einer demokratischen Steuerung im digitalen Zeitalter diskutiert.

3.1 Kapitalistische Planung und ihre Widersprüche

Obwohl der Kapitalismus klassisch mit Markt, Wettbewerb und Spontanität assoziiert wird, ist er durch vielfältige Formen ökonomischer Planung durchzogen. Auch in einer marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie müssen Investitionen koordiniert, Ressourcen verteilt und Produktionsprozesse organisiert werden, sei es durch Unternehmen, Branchenverbände oder staatliche Institutionen. Planung stellt im Kapitalismus also keinen Gegensatz dar, ist jedoch stets unter der Vorherrschaft des Kapitalverhältnisses strukturell begrenzt und widersprüchlich (vgl. Decker 2024: 289). Insbesondere der Staat tritt als planendes Subjekt auf, etwa durch Subventionen, Investitionsanreize, Infrastrukturmaßnahmen oder steuerliche Förderung. Doch auch diese staatliche Planung ist nicht neutral, sondern in die Logik der Kapitalverwertung eingebunden. Finanzmittel für staatliche Programme speisen sich im kapitalistischen System aus Steuereinnahmen, die wiederum von der Profitabilität der Unternehmen abhängen. Daraus ergibt sich ein strukturelles Interesse des Staates an stabiler Kapitalverwertung (vgl. Decker 2024: 291). Der Staat verkörpert somit ein Janusgesicht, das zwischen Kapitalinteressen und gesellschaftlichen Bedürfnissen vermittelt. Adloff und Neckel (2019: 172) analysieren in diesem Zusammenhang, dass staatliche Strategien wie der Green New Deal zwar regulatorische Korrekturen anstreben, jedoch strukturell an die Logik von Wachstum und Export gebunden bleiben und somit die bestehende kapitalistische Ordnung eher modernisieren als überwinden. Decker zeigt, dass auch private Akteurinnen und Akteure umfassend planen. Unternehmen koordinieren Investitionen, Produktionsabläufe und Märkte stets mit dem Ziel der Profitmaximierung. Öffentliche Planung soll demgegenüber Gemeinwohlinteressen verfolgen, ist jedoch zugleich auf eine funktionierende Kapitalakkumulation angewiesen. Poulantzas beschreibt dies als relative Autonomie des Staates: Er ist kein unmittelbares Instrument einzelner Kapitalfraktionen, sondern agiert im Interesse des Gesamtkapitals, wodurch gewisse Spielräume für politische Maßnahmen entstehen. Sobald staatliche Planung jedoch mit den Profitinteressen von Unternehmen kollidiert, verliert der Staat diese Autonomie (vgl. Poulantzas 2002, zit. in Decker 2024: 292).

Vor diesem Hintergrund unterscheidet Decker zwei Stufen politischer Planung. Die erste beschreibt Maßnahmen innerhalb kapitalistischer Strukturen wie Subventionen oder Steueranreize, die Investitionen lediglich indirekt beeinflussen. Die zweite verweist auf eine demokratische Kontrolle über Investitionen, die eine grundlegende Veränderung der Eigentums- und

Machtverhältnisse voraussetzt (Decker 2024: 291f.). Eine ausführlichere Darstellung dieser beiden Stufen erfolgt im Kapitel 3.3.

3.2 Kapitalflucht, Akkumulationslogik und strukturelle Zwänge

Neben den inneren Widersprüchen kapitalistischer Planung besteht ein weiteres zentrales Problem, das die strukturellen Zwänge, denen alle politische Gestaltung im Kapitalismus unterliegt. Die Zwänge sind keine äußeren Hindernisse, sondern ergeben sich direkt aus den inneren Funktionslogiken der Ökonomie, insbesondere aus dem Zwang zur Kapitalakkumulation. Karl Marx beschrieb Kapital als sich selbst verwertenden Wert. Geld wird in Produktionsmittel und Arbeitskraft investiert, um mehr Geld, Mehrwert, zu generieren. Dieses Prinzip ist kein moralischer Defekt einzelner Kapitalisten, sondern strukturelle ausbeuterische Zwänge. Wer als Kapitalist nicht akkumuliert, geht im Konkurrenzkampf unter. Dieser Akkumulationszwang strukturiert die gesamte Gesellschaft, denn Investitionen erfolgen nur, wenn Aussicht auf Profit besteht. Arbeitsplätze, Innovationen, Produktion, alles hängt letztlich von der Mehrwertschöpfung ab. (vgl. Marx 1867/2005: 337f.)

Diese Logik hat tiefgreifende Auswirkungen auf staatliches Handeln. Wie in Kapitel 2.4ff. dargelegt wurde, ist der Staat kein neutraler Vermittler zwischen Klasseninteressen, sondern eine Institution, welche die kapitalistische Produktionsweise absichert. Zwar verfügt er über ein gewisses Maß an Handlungsspielraum, etwa zur Krisenintervention oder zur Sicherung der Infrastruktur, doch wenn politische Maßnahmen die Akkumulation behindern, reagiert das Kapital mit Entzugsmaßnahmen, wie Kapitalflucht, Kapitalstreik, De-Investition oder internationale Auslagerung. Dadurch lässt sich der Staat systematisch erpressen, das ist ein zentrales Hindernis für jede Form von Transformation. Maßnahmen wie Vermögenssteuern, ökologische Regulierungen oder die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge geraten schnell ins Visier des Kapitals, das mit der Verlagerung seiner Investitionen droht. Der Kapitalstreik, das bewusste Zurückhalten von Investitionen, kann Regierungen in Bedrängnis bringen und sie zur Rücknahme politischer Maßnahmen zwingen. Die globale Kapitalmobilität verstärkt diesen Effekt. Staaten konkurrieren um Investitionen und versuchen sich durch beispielsweise besonders niedrige Körperschaftssteuern als „standortfreundlich“ zu präsentieren.

Decker beschreibt diesen Mechanismus als zentrale Hürde jeder postkapitalistischen Transformation. Solange Kapital sich ungehindert bewegen kann und Staaten auf seine Investitionen angewiesen sind, bleibt jede Planung von Kapitalinteressen abhängig. Demokratische Planung wäre daher nur möglich, wenn die strukturellen Voraussetzungen verändert werden, wie z.B. durch die Vergesellschaftung von Banken, durch Kontrolle der Kreditvergabe, durch

öffentliche Investitionsfonds oder durch transnationale Kooperationen gegen Steuervermeidung und Kapitalflucht.

Hinzu kommt ein verfassungsrechtlicher Aspekt: In vielen Ländern, darunter Deutschland, sind zentrale kapitalistische Institutionen, wie das Eigentumsrecht, verfassungsrechtlich geschützt (Decker 2024: 293f.). Artikel 14 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sichert das Recht auf Eigentum und Erbe ab (GG 1949/2022: Art. 14). Eine demokratische Planung, die auf kollektive Verfügung über zentrale Sektoren zielt, würde daher bestehende verfassungsrechtliche Eigentums- und Wirtschaftsordnungen in Spannung setzen und politisch neu auslegen oder erweitern müssen. Dies zeigt, dass strukturelle Zwänge nicht nur rein ökonomischer Natur sind, sondern diese auch politisch-rechtlicher geschützt werden.

Jede Transformation, die mehr als bloße Reform sein will, muss sich mit der Logik der Kapitalakkumulation und den daraus folgenden Erpressungspotenzialen auseinandersetzen. Solange Kapitalflucht, Standortkonkurrenz und Eigentumsschutz dominieren, bleiben tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen blockiert. Eine Demokratisierung der Wirtschaft setzt daher auch eine grundlegende politische, gesellschaftliche und rechtliche Veränderung der Institutionen voraus.

3.3 Zwei Stufen der politischen Planung

Für Decker ist die Möglichkeit einer demokratischen Wirtschaftsplanung kein utopisches Fernziel, sondern ein strategischer Ansatzpunkt innerhalb eines konflikthaften Transformationsprozesses. In seinem Modell unterscheidet er zwei qualitativ unterschiedliche Stufen politischer Planung, die mit dem jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und den Eigentumsverhältnissen eng verknüpft sind (vgl. Decker 2024: 291). Die erste Stufe beschreibt eine Planung, die innerhalb des Kapitalismus verbleibt und Investitionen lediglich indirekt beeinflusst. Typische Instrumente sind:

- Subventionen
- Steuerliche Anreize
- Ökologische Auflagen
- Sektorale Innovationsförderung
- Klimabezogene Industriepolitik

Ziel ist es, unternehmerisches Verhalten im Sinne gesellschaftlicher Zielsetzungen zu steuern, ohne jedoch die Entscheidungshoheit des Kapitals grundsätzlich infrage zu stellen (vgl. ebd.: 292). Diese Form der Planung bleibt strukturell reformistisch: Sie modifiziert Anreizstrukturen,

ohne die privatwirtschaftliche Verfügung über zentrale Ressourcen zu verändern. Dennoch erkennt Decker in ihr ein Potenzial: Sie kann Übergangsfunktion übernehmen, gesellschaftliche Konflikte sichtbar machen und Lernprozesse fördern, vorausgesetzt, sie wird politisch zuge-spitzt und nicht nur als technokratisches Steuerungsinstrument begriffen.

Die zweite Stufe politischer Planung hingegen markiert den Übergang in eine postkapitalistische Koordinationsweise. Hier steht nicht mehr die Einflussnahme auf privatwirtschaftliche Investitionen im Vordergrund, sondern deren gesellschaftliche Kontrolle. Decker nennt beispielhaft:

- Öffentliche Investitionsfonds
- Vergesellschaftete Banken
- Demokratisch legitimierte Institutionen zur Allokation ökonomischer Ressourcen (vgl. ebd.: 293)

Planung wird auf dieser Stufe zu einem kollektiven Prozess, in dem gesellschaftlich verhandelte Bedürfnisse und ökologische Grenzen die zentralen Orientierungen bilden, anstelle von Profitinteressen. Diese Planung ersetzt die kapitalistische Marktkoordination nicht vollständig, sondern entwickelt neue, hybride Formen demokratischer Steuerung. Decker betont, dass auch diese zweite Stufe nicht frei von Widersprüchen ist. Die Umsetzung demokratischer Planung bedeutet nicht die Abschaffung aller Marktmechanismen, sondern ihre Einbettung in deliberative und sozial eingebettete Formen der Koordination. Demokratische Planung ist somit mehrdimensional: Sie muss dezentral, plural und konfliktfähig organisiert werden (vgl. ebd.: 294).

Insgesamt lässt sich Deckers Konzept der beiden Planungsstufen als Transformationsachse verstehen. Vom eingeschränkten Planungskompromiss im Kapitalismus hin zur demokratischen Verfügung über die gesamtgesellschaftliche Reproduktion. Dabei steht nicht die technische Machbarkeit, sondern die politische Durchsetzung im Zentrum. Während Decker damit die politischen und institutionellen Dimensionen einer demokratischen Planung herausarbeitet, stellt sich die Frage nach den technischen Möglichkeiten einer solchen Planung. Diese Perspektive wird im folgenden Abschnitt durch Schlichters Überlegungen zur Rolle von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz ergänzt.

3.4 Demokratische Planung mit KI und Digitalisierung

Während Samuel Decker eine politische Theorie demokratischer Planung entwickelt, richtet Leo Schlichter den Blick auf deren praktische Umsetzbarkeit im digitalen Zeitalter. In seinem

Beitrag „Planning for Degrowth“ argumentiert er, dass neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) und Big Data das historische Informationsproblem zentraler Planungssysteme grundsätzlich verändern und damit neue Perspektiven für demokratische Wirtschaftssteuerung eröffnen (vgl. Schlichter 2024: 1f.).

Schlichters Ausgangspunkt ist die historische Erfahrung realsozialistischer Planwirtschaften, die häufig auch an der mangelnden Informationsverarbeitungskapazität scheiterten. Komplexe Bedarfe, Produktionsprozesse und Ressourcenflüsse ließen sich nicht flexibel und in Echtzeit erfassen, was zu Ineffizienzen, Versorgungsengpässen und Fehlanreizen führte (vgl. ebd.: 11f.). Moderne digitale Technologien, etwa lernende Algorithmen, Plattformen mit Nutzerfeedback oder vernetzte Lieferketten, könnten diese Schwächen heute überwinden, sofern sie demokratisch kontrolliert werden. Beispielhaft verweist Schlichter auf Unternehmen wie Amazon, deren Plattformen Millionen Produkte koordinieren – hochgradig zentral koordinierte interne Planung, aber dezentral operativ umgesetzt. Dieses Modell zeigt, dass zentralisierte Datenauswertung und dezentralisierte Ausführung technisch möglich sind, allerdings im Kapitalismus ausschließlich profitorientiert und intransparent (vgl. ebd.: 15ff.). Schlichter plädiert dafür, diese Infrastruktur prinzipiell für gemeinwohlorientierte Planung zu nutzen, unter der Voraussetzung, dass sie öffentlich getragen, transparent und partizipativ gestaltet ist (vgl. ebd.: 21ff.).

Besonders innovativ ist sein Vorschlag eines „General Catalog“ (nach Saros): Eine digitale Plattform, auf der Bürger direkt ihre Bedürfnisse eintragen. Die KI analysiert diese Eingaben, entwickelt Produktionsvorschläge und ermöglicht kooperative Aushandlungsprozesse. Ziel ist nicht die Maximierung der Nachfragekraft, sondern die Bedürfnisbefriedigung innerhalb ökologischer und sozialer Grenzen (ebd.: 26ff.). Zugleich betont Schlichter, dass technologische Planung nicht automatisch emanzipatorisch ist. Ohne demokratische Gestaltung besteht die Gefahr eines „Plattform-Sozialismus“, der autoritär, undurchsichtig und kontrollierend wirkt. Deshalb nennt er drei zentrale Voraussetzungen für demokratische digitale Planung:

- Datenschutz und Datensparsamkeit
- Transparente, nachvollziehbare Algorithmen
- Öffentliche Kontrolle über digitale Infrastrukturen (ebd.: 10f.).

Verknüpft man diese Perspektive mit Decker, zeigt sich ein komplementäres Verhältnis: Während Decker den politischen Rahmen einer gesellschaftlich legitimierten Planung entwirft, beschreibt Schlichter die technische Infrastruktur, die diese Planung praktisch umsetzbar machen könnte. Beide teilen das Ziel, Planung nicht als zentralistische Steuerung, sondern als

partizipative, adaptive und sozial eingebettete Form wirtschaftlicher Koordination zu verstehen (vgl. Decker 2024: 294; Schlichter 2024: 12).

4 Zwischen Revolution und Reform: Transformation als dialektischer Prozess

Nachdem Kapitel 3 die strukturellen Blockaden kapitalistischer Planung und mögliche Formen demokratischer Steuerung untersucht hat, wendet sich Kapitel 4 der Frage zu, wie Transformation als Prozess gedacht werden kann. Im Zentrum steht dabei das Spannungsfeld zwischen Reform und Revolution. Transformation erscheint bei Decker nicht als abruptes Ereignis, sondern als dialektischer Prozess, in dem Reformschritte und systemische Umbrüche ineinandergreifen. Dieses Kapitel diskutiert, wie sich dieser Ansatz in realpolitischen Beispielen wie Industriepolitik und dem Green New Deal widerspiegelt und welche Widersprüche dabei sichtbar werden.

4.1 Transformation zwischen Reformschritten und Systembruch

Ein zentrales Element in Samuel Deckers Transformationsverständnis ist die bewusste Überwindung der Dichotomie zwischen Reform und Revolution. Transformation erscheint bei ihm nicht als plötzlicher Systembruch, aber ebenso wenig als bloße Akkumulation kleiner Reformschritte. Vielmehr versteht Decker Transformation als dialektischen, widersprüchlichen Prozess, in dem sich politische Eingriffe, institutionelle Umbrüche und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse wechselseitig verändern (vgl. Decker 2024: 289f.). In Abgrenzung zu rein reformistischen Ansätzen, die auf technokratische Optimierung innerhalb des Bestehenden setzen, betont Decker die Notwendigkeit, postkapitalistische Institutionen aufzubauen. Gleichzeitig kritisiert er revolutionäre Modelle, die auf einen totalen Bruch oder eine „Stunde Null“ setzen – nicht nur als politisch riskant, sondern auch als analytisch verkürzend. Stattdessen schlägt er einen strategischen Transformationspfad vor, auf dem schrittweise Elemente demokratischer Planung eingeführt, getestet und gesellschaftlich legitimiert werden (ebd.: 291). Dies verdeutlicht Decker anhand der von ihm skizzierten drei Phasen der Transformation:

- 1) *Ausbau politischer Planung im Kapitalismus*: Etwa durch grüne Industriepolitik oder Klimainvestitionsprogramme
- 2) *Etablierung eines neuen institutionellen Rahmens*: Z. B. durch öffentliche Investitionsfonds, demokratisierte Banken oder neue Eigentumsformen
- 3) *Weiterentwicklung des postkapitalistischen Systems*: Durch lernfähige, transparente und partizipative Planungsmechanismen (ebd.: 291ff.)

Diese Phasen sind nicht linear gedacht, sondern überlagern und durchdringen sich. Ein Element der dritten Phase, wie etwa die partizipative Planung mittels digitaler Plattformen, kann bereits in Phase eins erprobt werden. Entscheidend ist laut Decker, ob und wie weit diese Elemente das Kapitalverhältnis tatsächlich infrage stellen oder reproduzieren (ebd.: 293f.). Transformation wird damit zu einem umkämpften politischen Raum, in dem unterschiedliche Interessen, Institutionen und Vorstellungen von Zukunft aufeinandertreffen. Decker betont die Bedeutung konflikthafter Aneignung: Planungsinstitutionen müssen nicht nur von oben geschaffen, sondern von sozialen Bewegungen, Räten und demokratischen Prozessen mitgestaltet werden (ebd.: 294). Transformation ist damit kein neutrales Entwicklungsprogramm, sondern eine hegemoniale Auseinandersetzung um die Grundlogik gesellschaftlicher Reproduktion. Auch auf der Ebene der Instrumente bleibt die Spannung zwischen Reform und Bruch erhalten: Steuerreformen oder Subventionen können erste Schritte sein, verlieren jedoch ihre emanzipatorische Wirkung, wenn sie nicht in einen institutionellen Wandel eingebettet sind. Umgekehrt müssen Maßnahmen wie Vergesellschaftung, Eigentumsumverteilung oder neue Planungsinstitutionen politisch durchsetzbar und legitimiert sein, um Wirkung zu entfalten. Decker plädiert somit für einen realistischen, aber radikalen Begriff von Transformation. Einer, der die strukturellen Begrenzungen durch das Kapitalverhältnis ernst nimmt, gleichzeitig aber konkrete Handlungsspielräume identifiziert und erweitert. Demokratische Planung erscheint dabei nicht nur als Ziel einer neuen Ordnung, sondern bereits als praktischer Hebel innerhalb des Transformationsprozesses selbst.

4.2 Beispiele für widersprüchliche Dynamiken: Industriepolitik und Green New Deal

Die Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformation des Wirtschaftssystems ist in den letzten Jahren auch in den realpolitischen Mainstream gerückt. Programme wie der „European Green Deal“, der „Green New Deal“ in den USA oder nationale Industriepolitiken versuchen, ökologische Ziele mit wirtschaftlichem Wachstum zu verbinden. Aus einer marxistischen Perspektive offenbaren sich in diesen Ansätzen jedoch zentrale Widersprüche. Sie machen deutlich, dass politische Planung im Kapitalismus häufig nicht über dessen Logiken hinausreicht und sogar deren destruktive Dynamiken stabilisiert oder intensiviert (Adler/Schacht-schneider 2023: 320.).

Ein zentrales Beispiel ist der Green New Deal, wie er etwa von der demokratischen US-Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez und der Sunrise Movement vorgeschlagen wurde. Ziel dieses Programms ist es, durch massive öffentliche Investitionen in grüne Technologien,

Energieinfrastruktur und Beschäftigungsprogramme eine doppelte Krise zu bewältigen: Einerseits die ökologische Krise und andererseits die soziale Ungleichheit. Das Ziel des European Green Deal ist die „Dekarbonisierung“ der Wirtschaft bis 2050, verbunden mit einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus (Adler/Schachtschneider 2023: 320).

In der Praxis zeigen sich jedoch mehrdimensionale Widersprüche. Einerseits greifen diese Programme auf das Instrumentarium staatlicher Planung zurück, also auf jene Mechanismen, die Decker (2024: 291) als erste Stufe der Transformation beschreibt (öffentliche Investitionsprogramme, Regulierung von Märkten, Preismechanismen und Industriepolitik). Gleichzeitig erfolgt dies jedoch ohne Bruch mit der kapitalistischen Logik der Profitmaximierung und Konkurrenz. Grüne Investitionen sollen sich rentieren, Märkte werden lediglich umgeleitet, nicht ersetzt. Die ökologische Modernisierung erfolgt also im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse und Akkumulationszwänge, eine paradoxe Situation (Gottschlich/Katz 2020: 9f.).

Besonders deutlich wird das im Fall der neuen Industriepolitik, etwa im Rahmen des US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) oder der deutschen Förderprogramme für Batterieproduktion und grünen Wasserstoff. Der Staat greift aktiv in die Wirtschaft ein, um technologische Souveränität zu sichern, Emissionen zu senken und neue „grüne Märkte“ zu erschließen. Diese Maßnahmen sind einerseits Ausdruck eines gestiegenen Problembewusstseins und einer Abkehr vom neoliberalen Dogma der Staatszurückhaltung, andererseits aber auch ein Mittel zur Standortsicherung und zur Durchsetzung geopolitischer Interessen im globalen Wettbewerb. Dullien et al. (2023: 18) weisen darauf hin, dass der IRA explizit darauf abzielt, die Abhängigkeit von China zu reduzieren und die heimische Wertschöpfung zu schützen (Local-Content-Klauseln). Dies verdeutlicht, dass die grüne Transformation hier als Instrument im imperialen Wettbewerb zwischen den großen Wirtschaftsblöcken genutzt wird.

Die Widersprüchlichkeit liegt hier darin, dass der Staat versucht, ökologische Ziele durch kapitalistische Mittel zu erreichen, ohne die Ursachen der Krise zu verändern. Der Kapitalismus soll nicht überwunden, sondern „grüner“ gemacht werden. Dieser „Green Capitalism“ läuft jedoch Gefahr, neue Formen von Ungleichheit und Umweltzerstörung hervorzubringen. Das passiert durch „Grabbing“ von Ressourcen (z. B. Lithium, Kobalt), neue globale Lieferketten oder die Externalisierung sozial-ökologischer Kosten in den Globalen Süden (vgl. Gottschlich/Katz 2020: 13; Adler/Schachtschneider 2023: 323).

Wie Decker (2024: 292) betont, liegt hier die Gefahr einer „Transformationsillusion“. Die Planung bleibt innerhalb kapitalistischer Verhältnisse widersprüchlich, weil sie zugleich auf Nachhaltigkeit und Profit abzielt. Rosa Luxemburgs Hinweis, dass gesetzliche Reform und

Revolution keine alternativen Strategien, sondern zwei einander bedingende Momente eines widersprüchlichen gesellschaftlichen Prozesses darstellen, gewinnt vor diesem Hintergrund neue Aktualität (vgl. Luxemburg 1899/1982: 396f.). Auch Reformen können Teil einer revolutionären Bewegung sein, sofern sie strukturelle Veränderungen vorbereiten. Werden sie jedoch funktionalisiert, um das System stabil zu halten, führen sie nicht zur Transformation, sondern zur Modernisierung des Problems (Adler/Schachtschneider 2023: 322).

Insgesamt zeigen Programme wie der Green New Deal oder die neue Industriepolitik, dass politische Planung im Kapitalismus möglich ist, aber widersprüchlich bleibt. Sie eröffnet Handlungsspielräume, bleibt aber den strukturellen Zwängen von Markt, Eigentum und Kapitalverwertung unterworfen. Die entscheidende Frage ist daher, ob solche Programme als Einstieg in eine echte Transformation genutzt werden oder lediglich als Mittel zur Reproduktion des Bestehenden dienen (Adler/Schachtschneider 2023: 328; vgl. Gottschlich/Katz 2020: 11, 20.).

5 Diskussion: Kapitalverhältnis als Hindernis oder Hebel?

Die bisherigen Kapitel haben gezeigt, dass Kapital mehr ist als eine ökonomische Kategorie. Es ist ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis, das durch Staat, Recht, soziale Institutionen und Ideologien abgesichert wird. In dieser Perspektive wird deutlich, dass der Kapitalismus nicht einfach durch politische Regulierung sozial-ökologisch transformiert werden kann. Vielmehr zeigt sich, dass das Kapitalverhältnis als strukturelles Machtgefüge grundlegende Blockaden erzeugt, die demokratische Planung, kollektive Bedürfnisbefriedigung und ökologische Nachhaltigkeit systematisch untergraben. Marx machte bereits in seiner Kritik der politischen Ökonomie deutlich, dass die kapitalistische Akkumulation auf der Ausbeutung von Lohnarbeit basiert und dabei einen ständigen Zwang zur Verwertung des Kapitals erzeugt - unabhängig von sozialen oder ökologischen Folgekosten. Der Kapitalist, so Marx, ist „nur Kapital personifiziert“, der „bei Strafe seines Untergangs“ (Marx 1867/2005: 168) immer weiter akkumulieren muss. Aus dieser Zwangslogik ergibt sich eine systemische Resistenz gegen Maßnahmen, die Profite einschränken oder alternative Formen des Wirtschaftens fördern (vgl. ebd.: 168).

Auch Antonio Gramsci betont in seiner Hegemonietheorie, dass der Kapitalismus nicht allein durch wirtschaftliche Macht, sondern durch kulturelle und institutionelle Vorherrschaft stabilisiert wird. Die Zivilgesellschaft, Medien, Bildung und Recht sind Orte der Reproduktion bürgerlicher Hegemonie, was bedeutet, dass progressive Reformen oft absorbiert und neutralisiert werden, solange sie sich innerhalb kapitalistischer Strukturen bewegen. So kann selbst eine ambitionierte Klimapolitik, etwa der „Green New Deal“, zum Vehikel für neue Akkumulationsregime werden, wenn sie Kapitalinteressen nicht grundsätzlich infrage stellt. Nicos

Poulantzas hebt in seiner materialistischen Staatstheorie hervor, dass der bürgerliche Staat nicht einfach ein Instrument der Kapitalistenklasse ist, sondern selbst ein Verdichtungsraum gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Der Staat vermittelt zwischen Klasseninteressen, stabilisiert die Akkumulation und erscheint dabei formal neutral, obwohl er strukturell die kapitalistische Produktionsweise reproduziert (vgl. Poulantzas 2002, zit. in Decker 2024: 292). Transformation ist hier nur möglich, wenn sich die Kräfteverhältnisse im Staat radikal verschieben, was eine langfristige Strategie der Gegen-Hegemonie und kollektiven Selbstorganisation erfordert.

Trotz temporärer Spielräume durch Reformpolitik, etwa Investitionen in grüne Technologien, Subventionen oder Sozialprogramme, bleibt das Kapitalverhältnis in seiner Logik intakt. Auch der derzeitige Aufschwung der Industriepolitik (etwa durch den EU Green Deal) zeigt eher eine Reorganisation kapitalistischer Macht, nicht deren Überwindung. In diesem Sinne lässt sich sagen, dass das Kapitalverhältnis nicht nur Transformation blockiert, es neutralisiert ihre Ansätze.

Im Folgenden thematisieren wir die Frage, welche Blockaden strukturell und welche politisch überwindbar sind. Die Trennung zwischen strukturellen und politisch überwindbaren Blockaden ist analytisch notwendig, um realistische Transformationspfade zu bestimmen. Strukturelle Blockaden ergeben sich aus der Logik des Kapitalverhältnisses selbst. Dazu zählen die Notwendigkeit der Profitmaximierung, die Konkurrenz zwischen Kapitalisten, die Kapitalflucht bei drohenden Eingriffen, die Abhängigkeit staatlicher Finanzierung von Steuereinnahmen aus dem Privatsektor und die dominante Eigentumsstruktur. Sie sind nicht durch politische Mehrheiten allein veränderbar, da sie auf den Grundprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise beruhen. Ein konkretes Beispiel ist die ökologische Widersprüchlichkeit staatlicher Industriepolitik. Während mit öffentlichen Milliardenprogrammen der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert wird, werden gleichzeitig fossile Unternehmen durch Subventionen und Lobbyeinfluss abgesichert. Diese widersprüchliche Doppelstrategie ist kein politischer Fehler, sondern Ausdruck eines Staates, der sowohl ökologische Ambitionen als auch Akkumulationsbedingungen für das Kapital sichern muss, ein klassisches Dilemma in der Logik des „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Engels zit. nach Zeiler 2025). Politisch überwindbar sind hingegen jene Blockaden, die auf Kräfteverhältnissen beruhen. Beispiele hierfür sind hegemoniale Diskurse, technokratische Planung und neoliberale Leitbilder. Gramsci zufolge sind solche kulturellen und ideologischen Herrschaftsformen umkämpft. Hier eröffnen sich Handlungsspielräume: Bewegungen, Gewerkschaften, Klimagruppen oder progressive Koalitionen können hegemoniale Vorstellungen verschieben, durch Forderungen nach Vergesellschaftung, Commons, ökologischer Steuerreform oder demokratischer Planung.

Allerdings bleibt selbst erfolgreiche Politik innerhalb kapitalistischer Strukturen beschränkt: Maßnahmen wie Mietpreisdeckel, Umweltauflagen oder Sozialprogramme stoßen an die Grenzen des Möglichen, wenn sie Investitionsanreize schwächen oder Kapitalabwanderung auslösen. In dieser Perspektive ist die Demokratisierung von Planung, wie von Decker (2024: 294) gefordert, nicht nur ein politisches Projekt, sondern eine strukturelle Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise. Erst wenn Investitionen und gesellschaftliche Reproduktion nicht mehr primär durch Markt und Profit gesteuert werden, sondern durch demokratische Aushandlung, kann die ökonomische Basis einer sozial-ökologischen Transformation geschaffen werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass strukturelle Blockaden sich nicht innerhalb des Kapitalverhältnisses lösen lassen. Politisch überwindbare Blockaden müssen genutzt werden, um genau diese Strukturen langfristig aufzubrechen.

6 Fazit

Die vorliegende Arbeit hat untersucht, welche Rolle das Kapitalverhältnis in der Blockierung oder Ermöglichung einer sozial-ökologischen Transformation spielt. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass die multiplen Krisen der Gegenwart von der Klimakrise über geopolitische Spannungen bis hin zur wachsenden sozialen Ungleichheit eine tiefgreifende Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen erfordern. Aus marxistisch-ökonomischer Perspektive wurde gezeigt, dass das Kapitalverhältnis dabei nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem eine gesellschaftliche Herrschaftsform darstellt, die Planung, Staatlichkeit und soziale Reproduktion durchdringt. Die Analyse hat verdeutlicht, dass kapitalistische Planung zwar existiert, jedoch strukturell an Profit und Akkumulationszwänge gebunden bleibt. Der Staat vermittelt zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Kapitalinteressen und ist durch Kapitalflucht, Kapitalstreik und internationale Standortkonkurrenz erpressbar. Damit werden ökologische und soziale Ziele systematisch begrenzt. Gleichzeitig zeigen die Debatten um Staatstheorie, Planung und digitale Technologien, dass es Handlungsspielräume gibt, die über den Kapitalismus hinausweisen. Besonders die Unterscheidung von Deckers zwei Stufen politischer Planung macht deutlich, dass eine Demokratisierung der Investitionsentscheidungen einen möglichen Bruch mit der kapitalistischen Logik markieren kann.

In der Diskussion wurde herausgestellt, dass strukturelle Blockaden wie Akkumulationszwang, Eigentumsschutz und Konkurrenz nicht innerhalb des Kapitalismus überwunden werden können. Politisch überwindbar sind hingegen Blockaden, die auf Kräfteverhältnissen, hegemonialen Diskursen oder institutionellen Selektivitäten beruhen. Hier eröffnen sich Ansatzpunkte für

soziale Bewegungen, Gewerkschaften und progressive Koalitionen, um Räume demokratischer Planung und kollektiver Selbstorganisation zu erweitern.

Für die Praxis bedeutet dies, dass eine sozial-ökologische Transformation nicht auf technokratische Reformen oder grüne Industriepolitik reduziert werden darf. Notwendig ist vielmehr eine strategische Ausweitung demokratischer Planungsformen, etwa durch öffentliche Investitionsfonds, die Vergesellschaftung zentraler Sektoren oder die Nutzung digitaler Technologien für transparente und partizipative Steuerung. Für die Forschung ergibt sich die Aufgabe, diese Ansätze kritisch weiterzuentwickeln und die Frage nach institutionellen, ökonomischen und technologischen Bedingungen einer postkapitalistischen Transformation systematisch zu vertiefen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Das Kapitalverhältnis blockiert eine sozial-ökologische Transformation, eröffnet aber zugleich durch seine inneren Widersprüche und Krisendynamiken Ansatzpunkte für emanzipatorische Veränderungen. Ob diese realisiert werden, hängt nicht nur von theoretischer Einsicht oder technischer Machbarkeit ab, sondern vor allem von gesellschaftlicher Mobilisierung, politischem Willen und kollektiver Gestaltungskraft. Eine Demokratisierung von Planung stellt dabei keinen garantierten, aber einen unverzichtbaren Schritt zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse und zur Entwicklung einer nachhaltigen, solidarischen Gesellschaft dar. Aus unserer Perspektive ist eine demokratische Planung keine ferne Utopie, sondern ein notwendiges Projekt, das realistische Ansatzpunkte bereits in gegenwärtigen Konflikten besitzt. Zwar erscheint die vollständige Überwindung kapitalistischer Strukturen kurzfristig unwahrscheinlich, doch gerade in der Zuspitzung der ökologischen Krise gewinnen Forderungen nach Vergesellschaftung, kollektiver Planung und solidarischer Koordination an politischer Relevanz. Demokratische Planung ist damit weder bloße Illusion noch technokratischer Reformschritt, sondern ein strategischer Horizont, der heutige Kämpfe orientieren und längerfristig die Grundlage einer sozial-ökologischen Transformation bilden kann.

Literaturverzeichnis

Adler, F. und Schachtschneider, U. (2023): Sozial-ökologische Reduktion – unverzichtbar für linke Transformationsstrategien. *PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 53(211), S. 319–329.

Adloff, F. und Neckel, S. (2019): Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit. In: Dörre, K., Rosa, H., Becker, K. und Bose, S. (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 167–180.

Brand, U. (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: *Kurswechsel*, 2, S. 7–18.

Decker, S. (2024): Planung und Transformation. *PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 54(215), S. 289–299.

Demirović, A. (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: *Hegemonie gepanzert mit Zwang*, Bd. 11. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, 19–43.

Dullien, S., Bauermann, T., Herzog-Stein, A., Rietzler, K., Stephan, S., Tober, S. & Watt, A. (2023): Zeitenwende erfordert aktive Wirtschaftspolitik mit Augenmaß. *Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2023. IMK Report*, Nr. 179, Januar 2023. Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Gottschlich, D. & Katz, C. (2020): Caring with Nature/s: Zur transformativen Bedeutung von Care in More Than Human Worlds. In: *Gender(ed) Thoughts, Working Paper Series*, Vol. 1. Göttingen: Göttingen Centre for Gender Studies.

Gramsci, A. (1991): *Gefängnishefte*. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG): Vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478). Online verfügbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/> (Zugriff am: 15.12.2025).

Herrmann, U. (2017): *Das Kapital und seine Bedeutung*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/247633/das-kapital-und-seine-bedeutung/> (Zugriff am 8. September 2025).

Luxemburg, R. (1899/1982): Sozialreform oder Revolution? In: Gesammelte Werke, Bd. 1, Erster Halbband. Berlin: Dietz Verlag, S. 369–445.

Marx, K. & Engels, F. (1848/2005): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 4. Berlin: Dietz Verlag, S. 459–493.

Marx, K. (1894/1964) Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band: Buch III, Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Hrsg. von F. Engels. Marx Engels Werke, Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag.

Nussbaumer, L. & Zwicklhuber, M. (2022): Marxistische Ökonomie. Exploring Economics. Verfügbar unter: <https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/marxistische-oekonomie/> (Zugriff am 7. September 2025).

Polanyi, K. (1944/1973): The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Übersetzt von H. Jelinek. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Poulantzas, N. (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA Verlag.

Schlichter, L. (2024): Planning for Degrowth: How artificial intelligence and Big Data revitalize the debate on democratic economic planning. Working Paper Nr. 231/2024. Berlin: Institute for International Political Economy (IPE), Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Tibes, O. (2025): Bruno Leipold: „Marx’ zentraler politischer Gedanke war Freiheit.“ Politische Ökonomie Blog. Verfügbar unter: <https://politischeoekonomie.com/bruno-leipold-karl-marx-zentraler-politischer-gedanke-war-freiheit/> (Zugriff am 8. September 2025).

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hrsg.) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation: Hauptgutachten. Berlin: Wiss. Beirat d. Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

Zeiler, M. (2025): Was ist der Staat? Einführung in zentrale Thesen marxistischer Staatstheorie. Exploring Economics. Verfügbar unter: <https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/was-ist-der-staat-einfuehrung-in-zentrale-thesen-marxistischer-staatstheorie/> (Zugriff am 8. September 2025)